

Auswertung MDRfragt:

Wut oder Gelassenheit – was erwartet uns diesen Herbst?

nicht-repräsentative, gewichtete und wissenschaftlich begleitete Befragung

Befragungszeitraum: 14.-17.10.2022

29.559 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die Ergebnisse in der Übersicht:

Themenbereich: Demonstrationen

- Mehr als drei Viertel haben Verständnis für Proteste
- ...aber zwei Drittel bezweifeln, dass die Proteste etwas bewirken
- Knapp die Hälfte kann sich vorstellen, in den nächsten Wochen gegen die Krisenpolitik auf die Straße zu gehen
- Vor allem Energiepolitik und Preissteigerungen treiben Menschen auf die Straßen
- Mehr als die Hälfte geht von Radikalisierung der Proteste aus
- Knapp zwei Drittel fürchten Spaltung der Gesellschaft durch Proteste
- Mehr als ein Drittel fürchtet, dass Proteste dem Ansehen Ostdeutschlands schaden könnten

Themenbereich: Zufriedenheit mit Politik und Stimmungslage

- Große Unzufriedenheit mit Krisenmanagement der Bundesregierung
- Sorge und Angst dominiert aktuelle Gefühlslage

Exkurs: Unterschiede zwischen Demo-Teilnehmern und Nicht-Teilnehmern

- Unzufriedenheit mit Krisenmanagement der Politik bei Demo-Teilnehmern besonders stark ausgeprägt
- Bei Demo-Teilnehmern ist „Wut“ vorherrschendes Gefühl – bei Nicht-Teilnehmern Sorge / Angst
- Demo-Teilnehmer haben mehr Hoffnung, dass Proteste etwas bewirken
- Vor allem Nicht-Teilnehmer befürchten Radikalisierung
- Demo-Teilnehmer finden weniger wichtig, wer sich an der Demo beteiligt oder wer sie angemeldet hat – das Thema steht im Vordergrund
- Verständnis für Beleidigungen von Personen des öffentlichen Lebens bei Protesten ist bei Demo-Teilnehmern größer
- Deutlich mehr Nicht-Demo-Teilnehmer als Demo-Teilnehmer finden, dass man nicht mit Rechtsextremen gemeinsam demonstrieren sollte

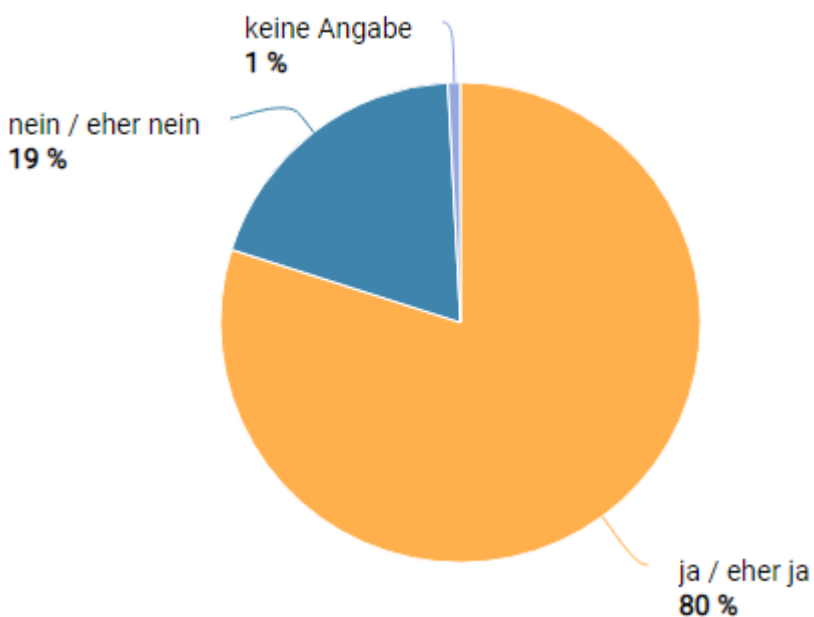
Die Ergebnisse im Detail:

Themenbereich: Demonstrationen

Mehr als drei Viertel haben Verständnis für Proteste

Seit Wochen nehmen Proteste gegen die Politik der Bundesregierung in vielen Städten zu, insbesondere in Ostdeutschland. Mehr als drei Viertel der MDRfragt-Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben (80 %) haben in der aktuellen Situation Verständnis für die Proteste. 19 Prozent haben das jedoch nicht.

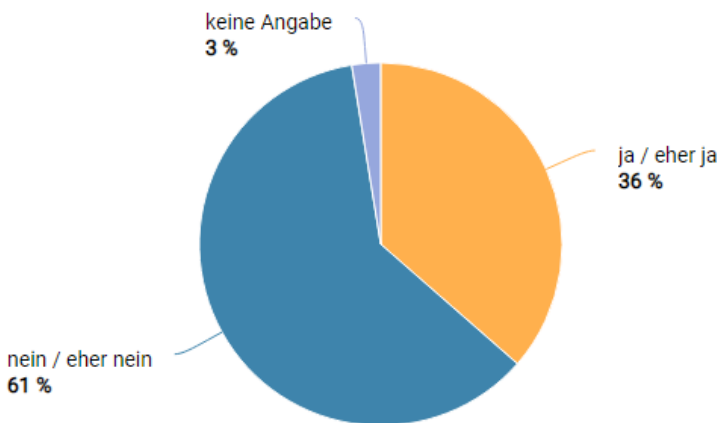
Frage: Seit Wochen nehmen Proteste gegen die Politik der Bundesregierung in vielen Städten zu, insbesondere in Ostdeutschland. Alles in allem: Haben Sie in der aktuellen Situation Verständnis für die Proteste?



...aber zwei Drittel bezweifeln, dass die Proteste etwas bewirken

Dass die Proteste aber etwas bewirken, das bezweifeln knapp zwei Drittel der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer. Mehr als ein Drittel (36 %) geht dagegen davon aus, dass durch die Proteste etwas erreicht werden kann.

Frage: Denken Sie, dass die Proteste etwas bewirken?



Unterschiede zeigen sich bei dieser Frage deutlich zwischen denjenigen, die in den vergangenen Wochen bei den Demos dabei waren und denen, die das nicht waren: Von den Demo-Teilnehmern gehen mehr als zwei Drittel davon aus, dass sie etwas bewirken. Bei den Nicht-Teilnehmern sind es mehr als zwei Drittel, die das nicht annehmen.

3

● ja / eher ja ● nein / eher nein ● keine Angabe

Gesamt



an Demos teilgenommen



nicht teilgenommen

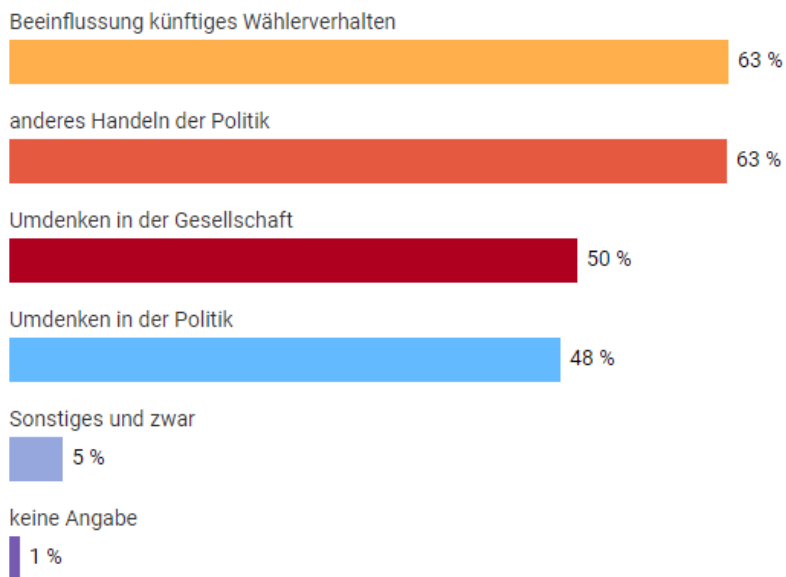


keine Angabe



Von denjenigen, die glauben, dass die Proteste etwas bewirken, wollten wir genauer wissen, was das in ihren Augen ist. Jeweils knapp zwei Drittel von ihnen (63 %) erhoffen sich einen Einfluss auf das künftige Wählerverhalten und ein anderes Handeln der Politik. Die Hälfte (50 %) glaubt, dass es durch die Proteste zu einem Umdenken in der Gesellschaft kommt, nur etwas weniger (48 %), dass auch die Politik ihr Denken verändert.

Frage: Was, glauben Sie, bewirken die Proteste? Bitte wählen Sie alles aus, was Ihrer Meinung nach zutrifft.



Knapp die Hälfte kann sich vorstellen, in den nächsten Wochen gegen die Krisenpolitik auf die Straße zu gehen

Bislang haben nach eigenen Angaben 15 Prozent der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer dieser Befragung an einer Demo gegen die derzeitige Krisenpolitik der Bundesregierung teilgenommen.

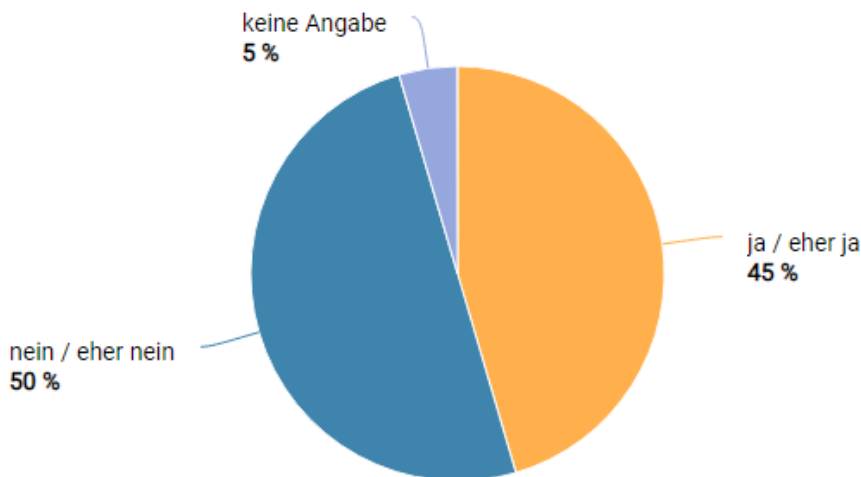
Frage: Haben Sie selbst in den vergangenen Wochen an einer Demonstration gegen die derzeitige Krisenpolitik der Bundesregierung teilgenommen?

ja nein keine Angabe



Allerdings kann sich knapp die Hälfte – 45 Prozent – vorstellen, demnächst gegen das in den kommenden Wochen und Monaten noch zu tun. Für 50 Prozent kommt das dagegen nicht in Frage.

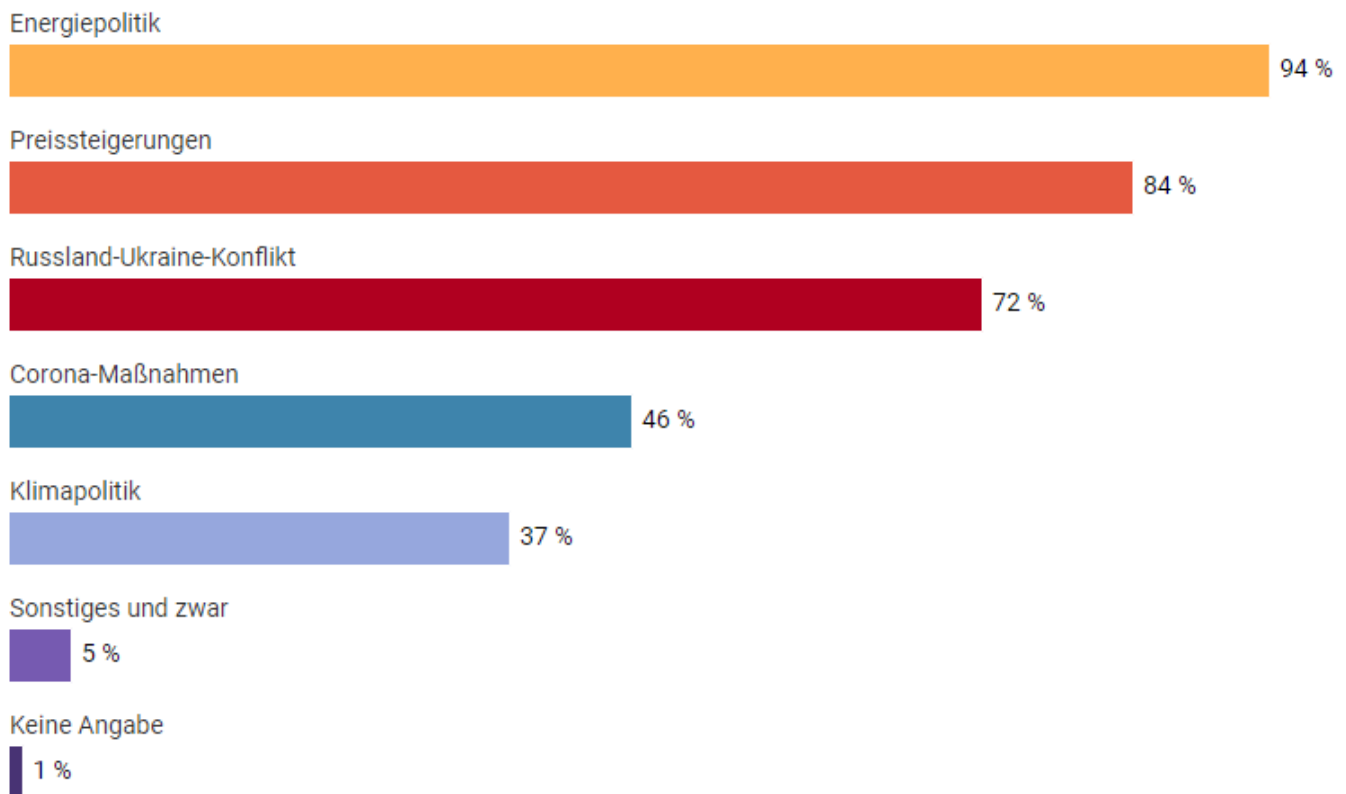
Frage: Können Sie sich vorstellen, an künftigen Demos in diesem Herbst / Winter gegen die Krisenpolitik teilzunehmen?



Vor allem Energiepolitik und Preissteigerungen treiben Menschen auf die Straßen

Diejenigen, die bereits auf einer der Demos waren oder die angegeben haben, sich das für die nächsten Wochen vorstellen zu können, haben wir gefragt, was für sie dabei die wichtigsten Themen sind. Für fast alle ist das zentrale Thema der Proteste die Energiepolitik (94 %), gefolgt von den Preissteigerungen (84 %). Knapp drei Viertel finden den Russland-Ukraine-Konflikt ein wichtiges Thema, um zu demonstrieren (72 %). Corona-Maßnahmen (46 %) und Klimapolitik (37 %) sind für weniger als die Hälfte wichtige Themen, um auf die Straße zu gehen.

Frage: Zu welchem Thema / welchen Themen sind Sie auf die Straße gegangen bzw. können Sie sich vorstellen, in den kommenden Wochen auf die Straße zu gehen? Bitte wählen Sie alles auf, was auf Sie zutrifft.



Wunsch nach Umdenken in der Politik bei fast allen Motivation für Demo-Teilnahme

Diejenigen, die bereits auf einer der Demos waren oder die angegeben haben, sich das für die nächsten Wochen vorstellen zu können, erhoffen sich durch die Proteste mehrheitlich ein Umdenken und anderes Handeln in der Politik (90 %). Bei rund drei Vierteln (73 %) sind die Proteste ein Mittel, um ihren Sorgen und Ängsten Ausdruck zu verleihen. Knapp die Hälfte treibt die Wut auf die Straße (48 %). Knapp ein Drittel möchte mit den Protesten auf sich und die Situation aufmerksam machen (31 %), gut ein Fünftel unter Gleichgesinnten sein und sich nicht alleine fühlen (21 %).

Frage: Und was ist Ihre Motivation, auf die Straße zu gehen? Bitte nennen Sie alles, was auf Sie zutrifft.

Umdenken & anderes Handeln der Politik erwirken



Sorgen / Angst



Wut



auf mich / die Situation aufmerksam machen



unter Gleichgesinnten sein und mich nicht alleine fühlen



Sonstiges und zwar



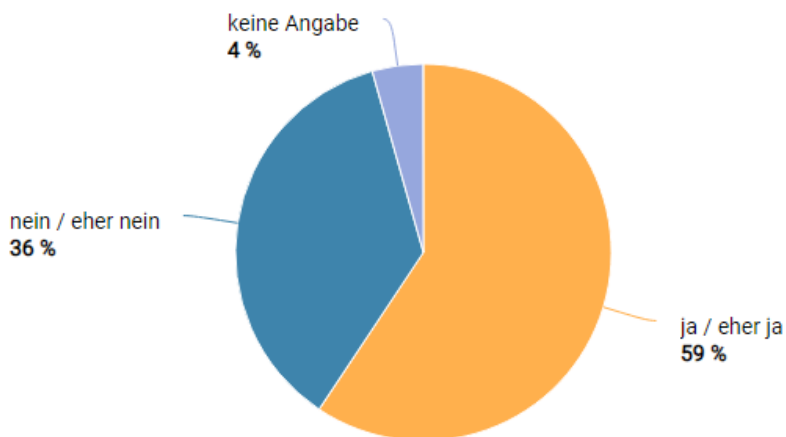
Keine Angabe



Mehr als die Hälfte geht von Radikalisierung der Proteste aus

59 Prozent der Befragungsteilnehmerinnen und –teilnehmer gehen davon aus, dass sich die Proteste radikalisieren werden. 36 Prozent glauben das nicht.

Frage: Gehen Sie selbst davon aus, dass sich die Proteste radikalisieren werden?



8

Es sind vor allem diejenigen, die sich selbst nicht an den Demos der vergangenen Wochen beteiligt haben, die eine Radikalisierung der Proteste befürchten (65 %). Bei denjenigen, die selbst auf einer der Demo waren, denken das 60 Prozent nicht.

● ja / eher ja ● nein / eher nein ● keine Angabe

Gesamt



an Demos teilgenommen



nicht teilgenommen



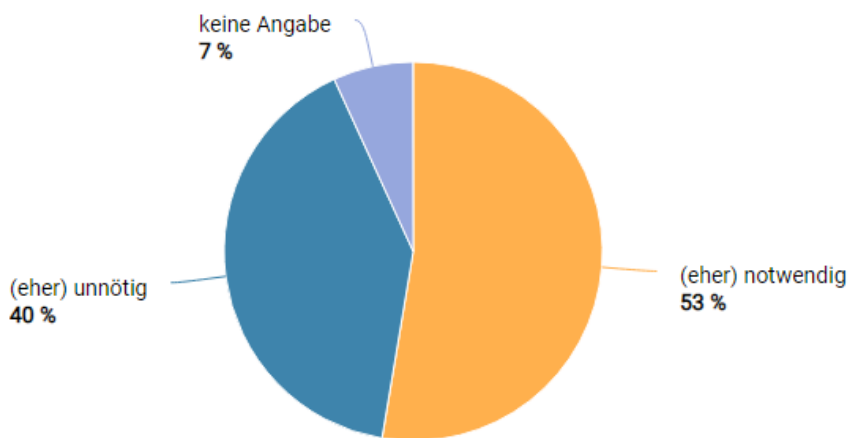
keine Angabe



Innenministerkonferenz zu Radikalisierung hält knappe Mehrheit für notwendig

Die Innenminister der ostdeutschen Bundesländer treffen sich Anfang November auf einer Konferenz, um über die mögliche Radikalisierung von Energiepreis-Protesten zu beraten. Etwas mehr als die Hälfte (53 %) finden das notwendig. 40 Prozent finden dieses Ansinnen dagegen unnötig.

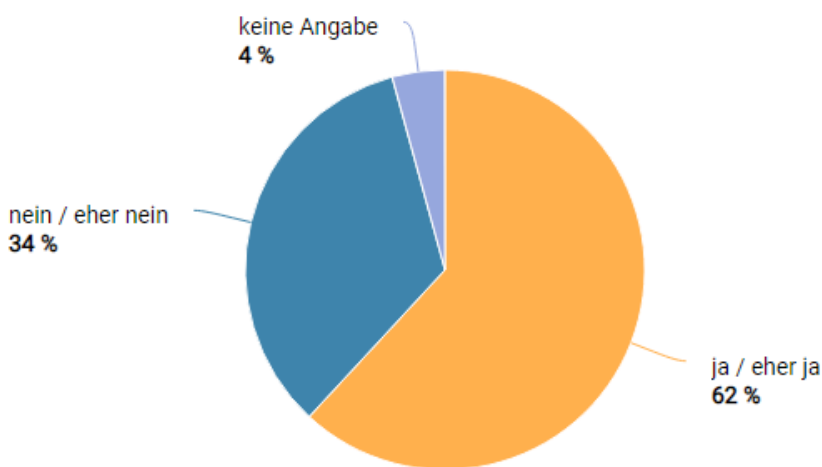
Frage: Die Innenminister der ostdeutschen Bundesländer treffen sich Anfang November auf einer Konferenz, um über die mögliche Radikalisierung von Energiepreis-Protesten zu beraten. Wie finden Sie das?



Knapp zwei Drittel fürchten Spaltung der Gesellschaft durch Proteste

62 Prozent der MDRfragt-Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben, gehen davon aus, dass dieser Herbst und Winter mit seinen Protesten zur Spaltung der Gesellschaft führen wird. 34 Prozent gehen nicht davon aus.

Frage: Haben Sie Sorge, dass dieser Herbst / Winter mit seinen Protesten zu einer Spaltung der Gesellschaft führen wird?



10

Die Sorge vor einer Spaltung der Gesellschaft durch die Proteste nimmt mit dem Alter der Befragungsteilnehmerinnen und –teilnehmer zu:

● ja / eher ja ● nein / eher nein ● keine Angabe

Gesamt



16 bis 29 Jahre



30 bis 49 Jahre



50 bis 64 Jahre



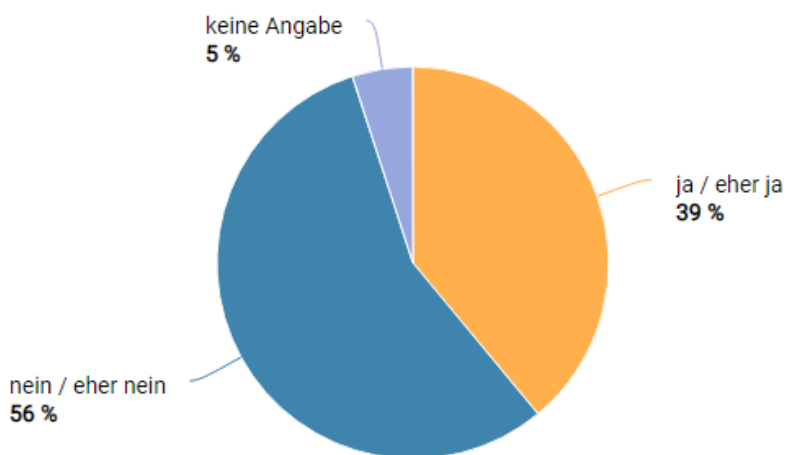
65 Jahre und älter



Mehr als ein Drittel fürchtet, dass Proteste dem Ansehen Ostdeutschlands schaden könnten

Die Proteste finden aktuell hauptsächlich in Ostdeutschland statt. Dass sie dem Ansehen Ostdeutschlands schaden werden, glaubt die knappe Mehrheit (56 %) der MDRfragt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer nicht – allerdings befürchtet mehr als ein Drittel durchaus, dass der Ruf des Ostens dadurch Schaden nehmen könnte (39 %).

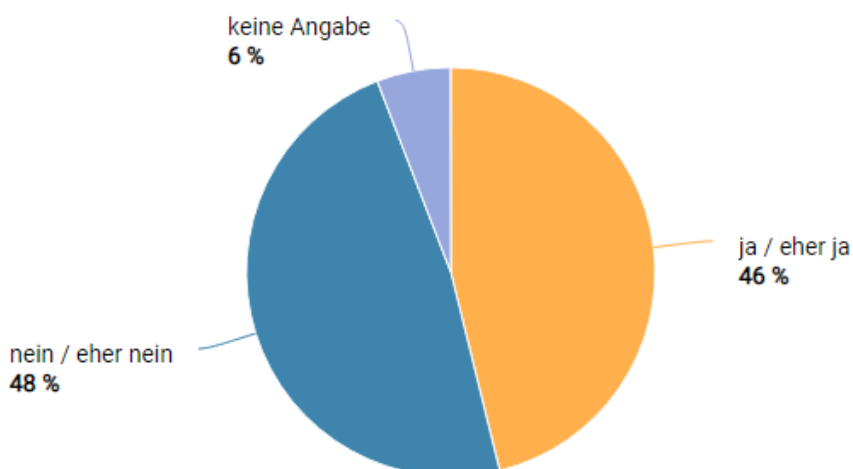
Frage: Denken Sie, dass die Proteste dem Ansehen Ostdeutschlands schaden?



11

Ob die Proteste auch zur Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschen führen könnten, dazu ist die MDRfragt-Gemeinschaft geteilter Meinung: Nahezu gleich viele, die nicht davon ausgehen (48 %) machen sich diesbezüglich Sorgen (46 %).

Frage: Und haben Sie Sorge, dass die Proteste Ost- und Westdeutsche spalten werden?



Es sind vor allem die über-65-jährigen Befragungsteilnehmerinnen und –teilnehmer, die sich Sorgen um eine Spaltung von Ost und West durch die Proteste machen:

● ja / eher ja ● nein / eher nein ● keine Angabe

Gesamt



16 bis 29 Jahre



30 bis 49 Jahre



50 bis 64 Jahre



65 Jahre und älter



Nur Minderheit hat Verständnis für Beleidigungen auf Protesten

Wir haben die Befragten mit einigen Aussagen bezüglich Demonstrationen konfrontiert:

- Lediglich 15 Prozent haben Verständnis dafür, wenn auf Protesten Personen des öffentlichen Lebens beleidigt werden.
- Allerdings wird ein rauer Tonfall auf Protesten von 41 Prozent akzeptiert.
- Die Mehrheit (53 %) ist sich einig, dass man nicht gemeinsam mit Rechtsextremen demonstrieren sollte.
- Bezogen auf Linksextreme fällt die Zustimmung in dieser Hinsicht mit 40 Prozent geringer aus.
- Grundsätzlich finden 43 Prozent, dass bei Demonstrationen das Thema wichtig ist, weniger jedoch, wer sich daran beteiligt.
- 40 Prozent finden, dass es keine Rolle spielt, wer die Demo angemeldet hat – das Thema ist wichtig.

Frage: Welchen der unten stehenden Aussagen stimmen Sie zu? Bitte wählen Sie alles aus, was in Ihren Augen zutrifft.

Mit Rechtsextremen sollte man nicht gemeinsam demonstrieren.



Bei einer Demonstration ist das Thema wichtig - wer sich an der Demo beteiligt, spielt keine Rolle.



Bei Protesten darf (in Sprechchören und auf Plakaten) auch ein rauer Tonfall herrschen.



Mit Linksextremen sollte man nicht gemeinsam demonstrieren.



Bei einer Demonstration ist das Thema wichtig - wer die Demo angemeldet hat, spielt keine Rolle.



Ich habe Verständnis dafür, wenn auf Protesten Personen des öffentlichen Lebens beleidigt werden.



Nichts davon.



Keine Angabe

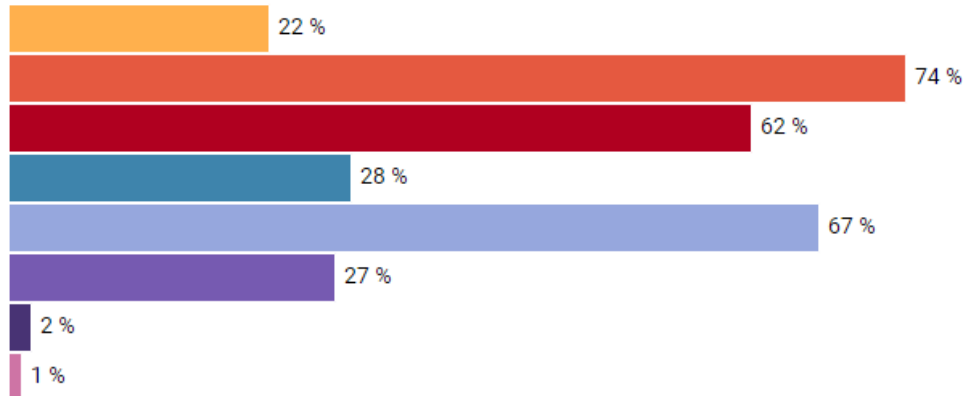


Unterschiede gibt es zwischen den Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmern, die selbst in den letzten Wochen auf einer Demo zur Krisenpolitik waren, und denen, die sich daran nicht beteiligt haben:

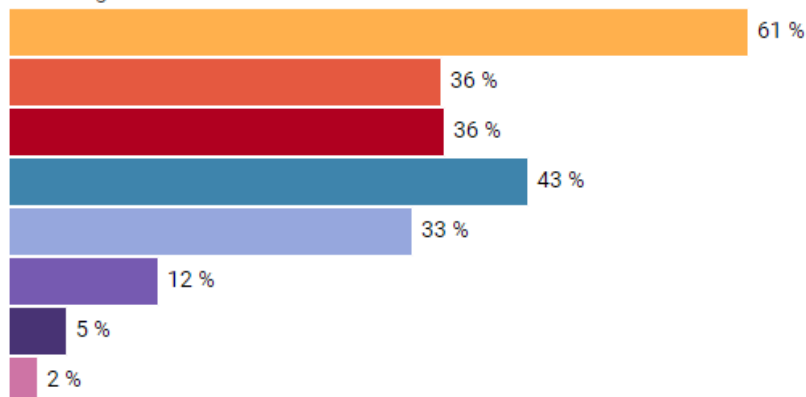
- Für die Demo-Teilnehmer ist es generell weniger wichtig, wer sich an der Demo beteiligt oder wer sie angemeldet hat – das Thema steht für sie im Vordergrund.
- Das Verständnis dafür, dass bei Protesten Personen des öffentlichen Lebens beleidigt werden, ist bei den Demo-Teilnehmern größer. Auch die Meinung, dass bei Protesten ein rauher Tonfall herrschen darf, ist bei den Demo-Teilnehmern weiter verbreitet.
- Deutlich mehr Nicht-Demo-Teilnehmer als Demo-Teilnehmer finden, dass man nicht mit Rechtsextremen gemeinsam demonstrieren sollte.

- Mit Rechtsextremen sollte man nicht gemeinsam demonstrieren.
- Bei einer Demonstration ist das Thema wichtig - wer sich an der Demo beteiligt, spielt keine Rolle.
- Bei Protesten darf (in Sprechchören und auf Plakaten) auch ein rauher Tonfall herrschen.
- Mit Linksextremen sollte man nicht gemeinsam demonstrieren.
- Bei einer Demonstration ist das Thema wichtig - wer die Demo angemeldet hat, spielt keine Rolle.
- Ich habe Verständnis dafür, wenn auf Protesten Personen des öffentlichen Lebens beleidigt werden.
- Nichts davon. ● Keine Angabe

an Demos teilgenommen



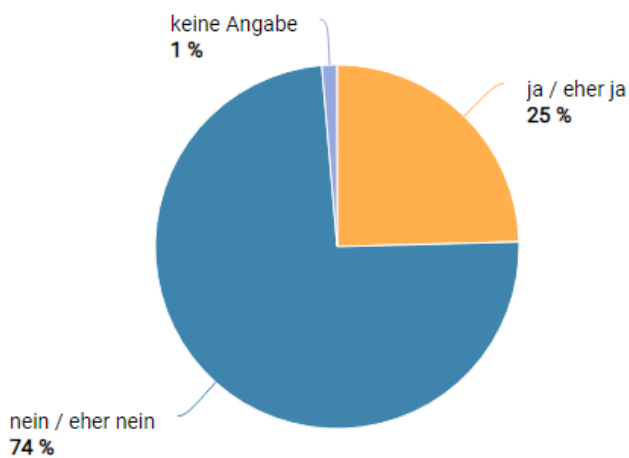
nicht teilgenommen



Bei drei Vierteln der Demo-Teilnehmer spielt es keine Rolle, wer sie angemeldet hat

Bei denjenigen, die bereits in den letzten Wochen auf einer der Demonstrationen waren, spielt es mehrheitlich keine Rolle, wer die Demonstrationen angemeldet hat (74 %). Für 25 Prozent ist dies dagegen schon wichtig.

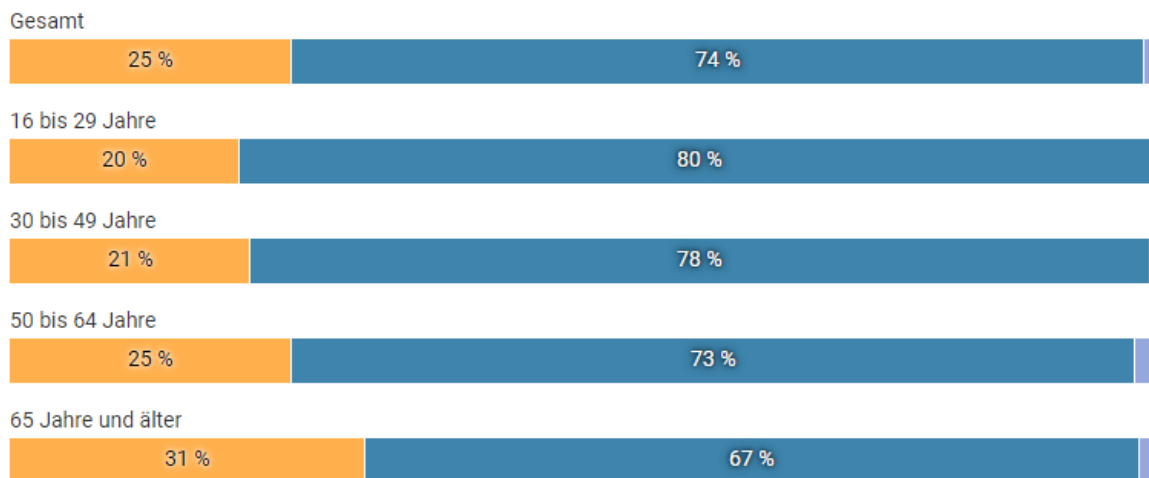
Frage: Abgesehen vom Thema: Spielt für Sie bei der Entscheidung, ob Sie an einer Demo teilnehmen, auch eine Rolle, wer die Demonstration angemeldet hat?



15

Mit dem Alter der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer wird es für die Teilnehmenden an den Demos wichtiger, wer sie angemeldet hat:

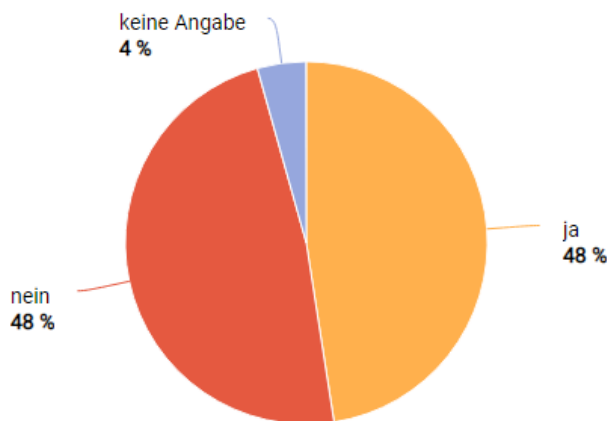
● ja / eher ja ● nein / eher nein ● keine Angabe



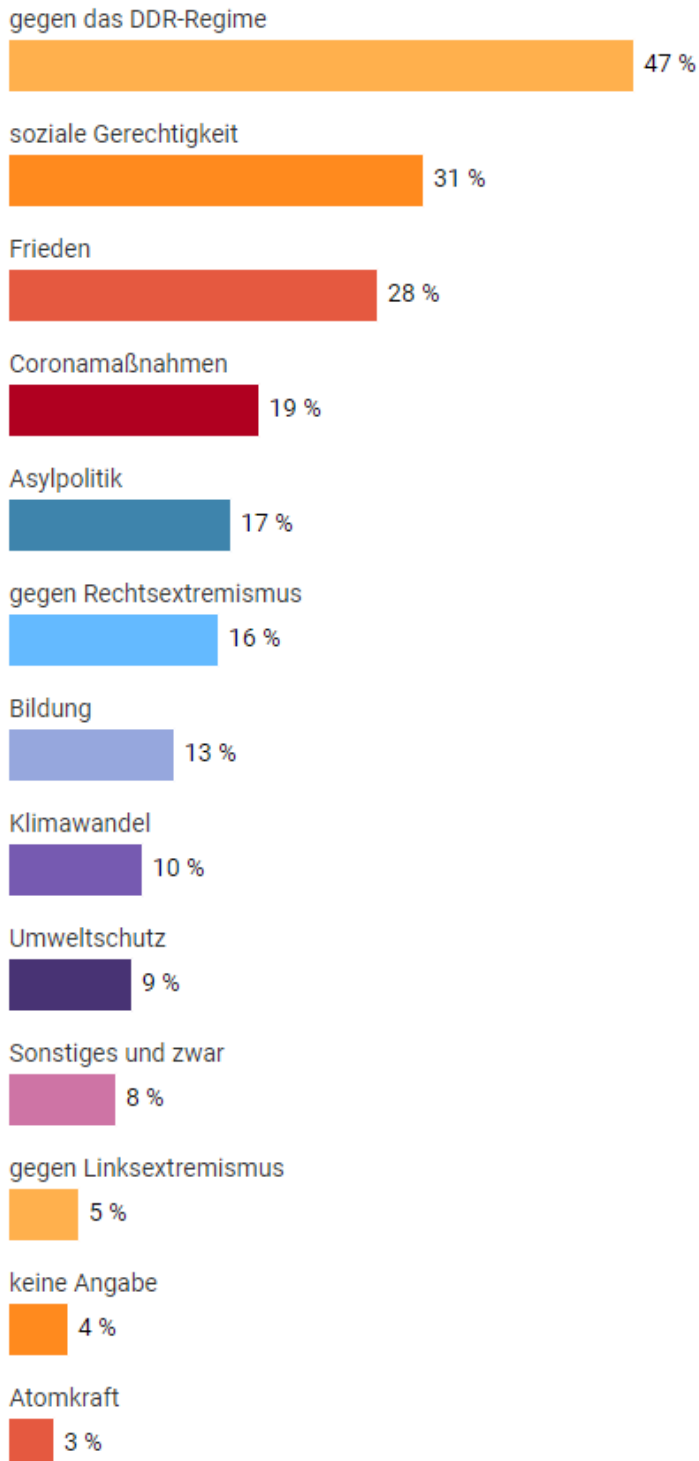
Demos in der Vergangenheit: Knapp die Hälfte hat noch nie demonstriert

In der Vergangenheit haben 48 Prozent schon mal an einer Demonstration teilgenommen – ebensoviele (48 %) jedoch noch nicht.

Frage: Und wenn Sie etwas weiter zurück denken: Haben Sie in der Vergangenheit schon einmal an einer Demonstration teilgenommen?



Vor allem gegen das DDR-Regime sind die MDRfragt-Mitglieder bereits auf die Straße gegangen (47 % derjenigen, die bereits eine Demo besucht haben). Weitere Themen, die viele bei Demonstrationen bewegt haben, sind die soziale Gerechtigkeit (31 %) und Frieden (28 %).

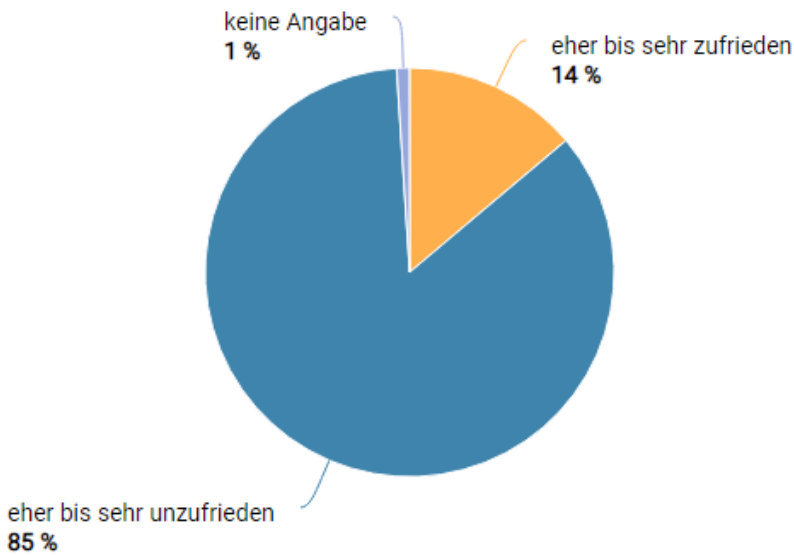


Themenbereich: Zufriedenheit mit Politik und Stimmungslage

Große Unzufriedenheit mit Krisenmanagement der Bundesregierung

85 Prozent der MDRfragt-Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben, sind aktuell unzufrieden mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung. 14 Prozent zeigen sich dagegen zufrieden.

Frage: *Alles in allem: Wie zufrieden sind Sie mit dem aktuellen Krisenmanagement der Bundesregierung?*



18

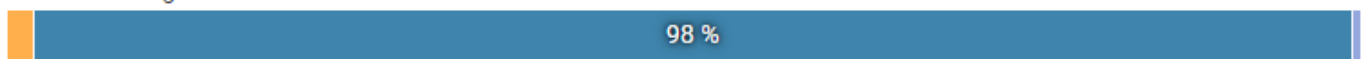
Bei den Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmern, die in den letzten Wochen auf Demos gegen die Krisenpolitik waren, ist fast jeder (98 %) unzufrieden mit der Politik:

● eher bis sehr zufrieden ● eher bis sehr unzufrieden ● keine Angabe

Gesamt



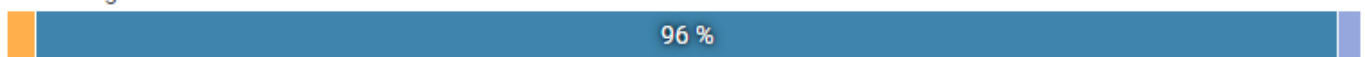
an Demos teilgenommen



nicht teilgenommen



keine Angabe



Wenig Vertrauen in Politik, in den Krisen die richtigen Entscheidungen zu treffen

Das Vertrauen in die Politik, aktuell die richtigen Entscheidungen zu treffen, ist in Hinblick auf alle Krisen-Bereiche, die wir abgefragt haben, aktuell klein oder nicht vorhanden:

- Bei der Bekämpfung der Inflation sind 9 von 10 aktuell pessimistisch, dass die Politik hier die richtigen Entscheidungen trifft (90 %).
- In Energiekrise, Russland-Ukraine-Konflikt und Klimakrise haben jeweils zwischen 83 und 85 Prozent nur kleines oder kein Vertrauen in die Politik, richtig zu handeln.
- Auch in der Corona-Krise zweifelt die Mehrheit (77 %) an den Entscheidungen der Politik – allerdings ist hier mit 21 Prozent der Anteil derer, die eher großes oder großes Vertrauen in die Entscheidungen der Politik setzen, noch am größten.

Frage: Wie groß ist aktuell Ihr Vertrauen in die Politik, dass sie die richtigen Entscheidungen trifft?

● (eher) groß ● klein / nicht vorhanden ● keine Angabe

in der Energiekrise



bei der Bekämpfung der Inflation



im Russland-Ukraine-Konflikt



in der Coronakrise



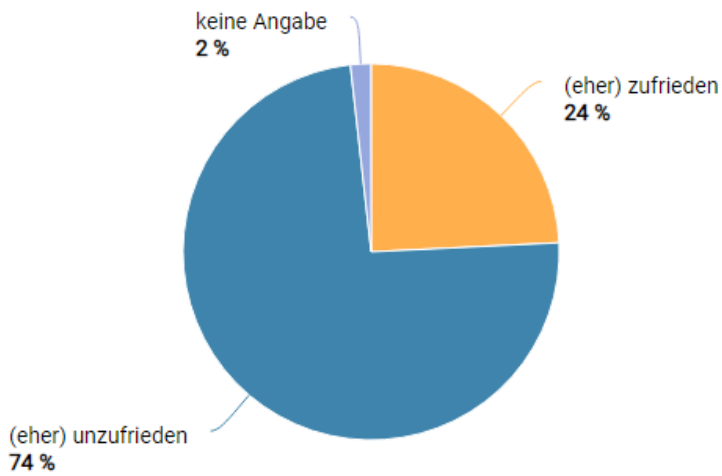
in der Klimakrise



Drei Viertel unzufrieden mit Demokratie

Von den MDRfragt-Mitgliedern, die sich an der Befragung beteiligt haben, zeigen sich knapp drei Viertel (74 %) unzufrieden mit der Demokratie, wie sie im Moment in Deutschland funktioniert. 24 Prozent sind dagegen zufrieden.

Frage: Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie, so wie sie im Moment in Deutschland funktioniert?



20

Die Zufriedenheit mit der Demokratie nimmt mit dem Alter der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer ab:

● (eher) zufrieden ● (eher) unzufrieden ● keine Angabe

Gesamt



16 bis 29 Jahre



30 bis 49 Jahre



50 bis 64 Jahre



65 Jahre und älter



Sorge und Angst dominiert aktuelle Gefühlslage

Bezüglich der aktuellen Krisen dominieren Sorge und Angst aktuell die Gefühlslage der MDRfragt-Community: 44 Prozent haben dies angegeben. Knapp ein Drittel (29 %) empfindet vorrangig aktuell Wut. Jeweils knapp ein Zehntel fühlt Resignation (9 %) oder Gelassenheit (8 %). Zuversicht beschreibt dagegen nur bei 4 Prozent die aktuelle Gefühlslage in Anbetracht der Krisen.

Frage: Wenn Sie an die derzeitigen Krisen denken: Was empfinden Sie vorrangig?



Das Meinungsbarometer für Mitteldeutschland

Bei denjenigen Befragungsteilnehmenden, die in den letzten Wochen bei Demonstrationen gegen die Krisenpolitik dabei waren, überwiegt die Wut, während es bei den anderen Sorge und Angst sind:

- Sorge / Angst
- Wut
- Resignation
- Gelassenheit
- Zuversicht
- Sonstiges und zwar
- Desinteresse
- Keine Angabe

Gesamt



an Demos teilgenommen



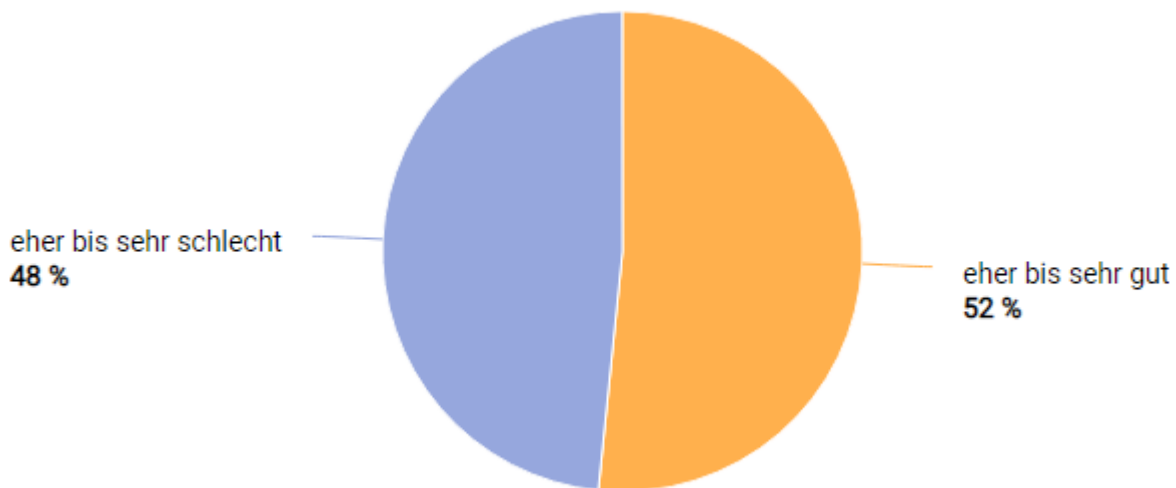
nicht teilgenommen



Stimmung nahezu gespalten

In Anbetracht der aktuellen Krisen ist die Stimmung in der MDRfragt-Gemeinschaft nahezu gespalten: Zwar haben 52 Prozent angegeben, dass es ihnen derzeit eher bis sehr gut geht, 48 Prozent geht es jedoch nach eigenen Angaben eher bis sehr schlecht.

Frage: Preissteigerungen, Energiekrise, Krieg in der Ukraine und immer noch Corona: Wie geht es Ihnen derzeit in der aktuellen Situation?



Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 14.-17.10.2022 stand unter der Überschrift:

Wut oder Gelassenheit – was erwartet uns diesen Herbst?

Insgesamt sind bei MDRfragt 62.778 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 17.10.2022, 15:30 Uhr).

29.559 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen. 4.105 haben sich in den vergangenen Wochen an einer Demonstration gegen die derzeitige Krisenpolitik der Bundesregierung beteiligt, 23.869 nicht.

Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	352 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	4.490 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	12.546 Teilnehmende
65+:	12.171 Teilnehmende

Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	15.177 (51 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	7.231 (25 Prozent)
Thüringen:	7.151 (24 Prozent)

Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	13.184 (45 Prozent)
Männlich:	16.319 (55 Prozent)
Divers:	56 (0,2 Prozent)

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.